

Apoyo del Partido Liberal a la entrada de España en la CEE (24 diciembre 1981)

Leyenda: Carta del 24 de diciembre de 1981 de Leonardo Pérez Rodrigo, Encargado de Negocios de la Embajada de España en Alemania, mediante la cual adjunta un ejemplar de la publicación del Partido Liberal alemán (FDP), que contiene las declaraciones de su Secretario General, Günter Verheugen, en defensa de la adhesión de España a la Comunidad Económica Europea (CEE), argumentando que los motivos políticos deben pesar más que los económicos.

Fuente: Secretaría de Estado para la Unión Europea, Madrid, 1016.1.III ESP 8d), 24.12.1981.

Copyright: (c) Ministerio de Asuntos Exteriores y de Cooperación de España

URL: http://www.cvce.eu/obj/apoyo_del_partido_liberal_a_la_entrada_de_espana_en_la_cee_24_diciembre_1981-es-687c698b-a54e-4c2d-ad12-cb56376a6c0b.html

Publication date: 06/02/2014



434.2

Embajada de España

SECRETARIA DE ESTADO C.E.E.
DIRECCION GENERAL DE EUROPA
DIRECCION GENERAL DE R.E.I.

Nº 1137

Ministro	<input checked="" type="checkbox"/>
S. General	<input checked="" type="checkbox"/>
S.G. Adjunto	<input checked="" type="checkbox"/>
S. Técnico	<input checked="" type="checkbox"/>
J. Gabinete	<input type="checkbox"/>
Sr. Busturia	<input checked="" type="checkbox"/>
Sr.	<input type="checkbox"/>
Sr.	<input type="checkbox"/>

3

Bonn, 24 de diciembre de 1981

~~11487~~

11.153 b)

AL

1016. I. III CSP
& d)

Asunto: Apoyo Partido Liberal entrada España C.E.E.

Excmo. Señor:

Adjunto tengo la honra de remitir a V.E., un ejemplar de la publicación del Servicio de Prensa del Partido Liberal de 11 de los corrientes, en el que se recogen las declaraciones en Lisboa del Secretario General del Partido Liberal, Sr. Günter Verheugen, en las que expresa su deseo de una pronta entrada de España y Portugal en la Comunidad Económica Europea.

El Sr. Verheugen, que habló en el Instituto Sa Carneiro para el Progreso Social y Economía, manifestó que, en el caso de las jóvenes democracias de España y Portugal, "los aspectos económicos y agrícolas deben retirarse sin quitarles su importancia", ya que es un "deber histórico de los europeos afirmar las democracias en Europa", siempre y en cualquier lugar donde sea posible. La Comunidad Económica Europea no es "una Comunidad de las aceitunas, las frutas del Sur o del vino", sino una comunidad de demócratas.

Dios guarde a V.E. muchos años.

El Encargado de Negocios a.i.

Leonardo Pérez Rodrigo

RELACIONES CON LAS COMUNIDADES EUROPEAS	
EMBAJADA	
N.º	<input type="text"/>
FECHA	<input type="text"/>

EXCMO. SEÑOR MINISTRO DE ASUNTOS EXTERIORES, M A D R I D.-

fdk

frei demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 229
11.12.1981

VERHEUGEN FORDERT BALDIGEN EG-BEITRITT PORTUGALS UND SPANIENS

Den baldigen erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft hat F.D.P.-Generalsekretär GÜNTER VERHEUGEN gefordert. Die Gemeinschaft sei diesen Ländern, die aus eigener Kraft den Weg von der Diktatur zur Demokratie geschafft hätten, Solidarität schuldig, erklärte VERHEUGEN heute bei einer Veranstaltung im Sa Carneiro-Institut für Sozialen und Demokratischen Fortschritt in Lissabon. VERHEUGEN traf heute auch zu einem Gespräch mit dem Portugiesischen Ministerpräsidenten Pinto Balsemao zusammen. VERHEUGEN nannte es eine "historische Aufgabe der Europäer", die Demokratien in Europa zu festigen und ihnen, wo immer möglich, zum Durchbruch zu verhelfen. Gerade im Falle der jungen Demokratien Portugals und Spaniens müßten "ökonomische oder landwirtschaftliche Gesichtspunkte, so bedeutend sie sein mögen, zurücktreten", betonte VERHEUGEN bei der Veranstaltung im Sa Carneiro-Institut. Die Europäische Gemeinschaft sei "keine Gemeinschaft der Oliven, der Südfrüchte oder des Weines", sondern "eine Gemeinschaft von Demokraten".

VERHEUGEN mahnte die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, auch in Zeiten verstärkter wirtschaftlicher Sachzwänge Europa nicht an nationalen Egoismen zerbrechen zu lassen: "Europa ist keine Schönwetter-Veranstaltung". Es sei "hohe Zeit für eine politische Besinnung".

fdk 229/81

- 2 -

VERHEUGEN forderte auf zur Unterstützung der aus dem GENSCHER-Plan hervorgegangenen deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union. Sie könne zwar nicht die Anstrengungen für eine Lösung der anstehenden wirtschaftlichen Fragen ersetzen, "aber sie muß sie begleiten, sie ergänzen und ihnen die Dimension der politischen Finalität geben".

Der F.D.P.-Generalsekretär forderte darüber hinaus, "alle Chancen einer ganz Europa abdeckenden blockübergreifenden Zusammenarbeit" intensiv zu nutzen. Darin liege über die Sicherheitspolitik hinaus die überragende Bedeutung der Fortsetzung des KSZE-Prozesses.

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 230
14. Dezember 1981

F.D.P.-PRÄSIDIUM TAGTE IN BONN

F.D.P.-Sprecher Herbert Schmülling teilt mit:

Unter Vorsitz von HANS-DIETRICH GENSCHER tagte heute das F.D.P.-Präsidium in Bonn. Genscher und der stellvertretende F.D.P.-Vorsitzende WOLFGANG MISCHNICK berichteten auf Grundlage von Gesprächen mit dem Bundeskanzler und GRAF LAMBSDORFF über die Begegnung des Bundeskanzlers und der Minister Graf Lambsdorff und Franke mit der Führung der DDR. Das Präsidium bezeichnete die Gespräche in der DDR als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR und als einen wichtigen Beitrag im Ost-West-Dialog. Das Präsidium hofft, daß es in Weiterverfolgung der am Werbellin-See erörterten Themen möglich sein wird, Verbesserungen für die Menschen im geteilten Land zu erreichen und zugleich auch einen Beitrag für den Frieden in Europa zu leisten. Die F.D.P. sehe sich durch den Verlauf des Treffens in ihrer Auffassung bestätigt, daß Fortschritte im deutsch-deutschen Verhältnis beharrlicher Politik bedürfen. Die F.D.P. werde diesen Weg wie bisher entschlossen und konsequent weitergehen.

Das F.D.P.-Präsidium beobachtet die Entwicklung in der Volksrepublik Polen mit großer innerer Anteilnahme und Besorgnis. Die F.D.P. erwartet, daß den abgegebenen Erklärungen entsprechend der Kurs der Reformen und der Erneuerungen fortgesetzt werde, wozu auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes gehöre; die F.D.P. erwartet ferner, daß es nicht zu Gewaltanwendungen in der Volksrepublik Polen kommt. Sie gibt ihrer festen Erwartung Ausdruck, daß sich ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland alle Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte von Helsinki jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen enthalten werden.

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 231
14. Dezember 1981

F.D.P. UND BUNDESJUGENDRING: JUGENDARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

F.D.P.-Sprecher Herbert Schmülling teilt mit:

Das Präsidium der F.D.P. traf heute in Bonn unter Leitung des stellvertretenden F.D.P.-Vorsitzenden UWE RONNEBURGER mit Mitgliedern des Vorstandes des Deutschen Bundesjugendringes unter Vorsitz des Bundesvorsitzenden der Deutschen Katholischen Jugend, Josef Homberg, zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der beruflichen Situation der Jugend, besonders der Jugendarbeitslosigkeit und der Lage ausländischer Arbeitnehmer. Diskutiert wurden ferner die Themen Wehrdienstverweigerung sowie die Auswirkungen der Haushaltsgesetze auf die Jugendarbeit des Bundesjugendringes. Beide Seiten waren sich einig, daß alles getan werden müsse, Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf zu ermöglichen. Der hohe Stand der Jugendarbeitslosigkeit sei auf fehlende Ausbildungsplätze sowie auf fehlende bzw. unzureichende Qualifikation von Jugendlichen zurückzuführen.

Die stellvertretende F.D.P.-Bundesvorsitzende LISELOTTE FUNCKE forderte eine verstärkte Vorfeldarbeit der Jugendverbände bei der Einbeziehung ausländischer Kinder und Jugendlicher in unsere Gesellschaft. Die Vertreter des Bundesjugendringes werden sich mit Frau Funcke in ihrer Eigenschaft als Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen zu einem weiteren Gespräch über Einzelfragen hierzu treffen. Verabredet ist ferner ein Gespräch des Vorsitzenden der F.D.P.-Jugendkommission

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 232
15. Dezember 1981

GESPRÄCH ZWISCHEN F.D.P. und D'66

F.D.P.-Generalsekretär GÜNTER VERHEUGEN traf heute mit dem Vorsitzenden der Fraktion der D'66 im niederländischen Parlament, Dr. LAURENS-JAN BRINKHORST zu einem Gespräch über internationale Fragen zusammen.

In dem Gespräch wurde die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen liberalen und radikal-demokratischen Parteien in Europa sowie die Entwicklung der internationalen Politik insgesamt erörtert.

Verheugen und Brinkhorst erklärten nach dem Gespräch, sie wollten die seit einiger Zeit bestehenden gegenseitigen Informationskontakte weiter ausbauen.

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG

Presseinformationsdienst

15. Dezember 1981

Nr. 18/81

"Bildungspolitik" und "Frauen und Bundeswehr" dokumentiert.

In der Reihe "Dokumentationen der Friedrich-Naumann-Stiftung" sind zwei Publikationen zu den Themen "Bildungspolitik" und "Frauen und Bundeswehr" erschienen.

Die erste dokumentiert einen bildungspolitischen Kongreß, der vom 29. bis 30. März 1980 stattfand, die zweite ein Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Theodor-Heuss-Akademie vom 3. bis 5.7.1981.

Beide Dokumentationen enthalten die Referate und Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie zusätzliche Stellungnahmen von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden. Sie können durch den Buchhandel oder beim "liberal"-Verlag, Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn, bezogen werden.

fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

Ausgabe 233
17.12.1981

GESPRÄCH ZWISCHEN H.D. GENSCHER und H.O. VETTER

F.D.P.-Sprecher Herbert Schmülling und die Bundespresse-
stelle des DGB geben bekannt:

Der F.D.P.-Vorsitzende, Bundesaußenminister HANS-DIETRICH GENSCHER, und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), HEINZ-OSKAR VETTER, trafen am Mittwochnachmittag in der Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn zu einem Gedankenaustausch zusammen. Die Begegnung erfolgte im Rahmen der beschäftigungspolitischen Gesprächsrunde des DGB als Ergänzung des Treffens mit der F.D.P.-Bundestagsfraktion am 26. November, an dem der F.D.P.-Vorsitzende GENSCHER aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte.

Das Gespräch verlief in sachlicher und aufgeschlossener Atmosphäre. Im Mittelpunkt stand ein allgemeiner Meinungsaustausch über das Verhältnis der F.D.P. zum DGB.

Erörtert wurden ferner die internationale und wirtschaftspolitische Lage. Es bestand Übereinstimmung, daß die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe des Jahres 1982 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein müsse.

Das Gespräch zwischen F.D.P. und DGB soll Anfang 1982 fortgesetzt werden.

fdk

frei demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen
Partei

Baunscheidtstraße 15
5300 Bonn 1
Thomas-Dehler-Haus
FS: 0 886 580

Verantwortlich:
Herbert Schmülling
Tel.: 02 28 / 5 47 - 2 18

SPERRFRIST: 17.12.1981, 19.00 UHR

Ausgabe 234
17. Dezember 1981

VERHEUGEN: BUNDESWEHR IST INSTRUMENT DER FRIEDENSSICHERUNG

F.D.P.-Generalsekretär GÜNTER VERHEUGEN erklärte am Donnerstagabend vor Offizieren der Bundeswehr in Essen, die Entspannungspolitik sei ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik. Entspannungsbereitschaft und Verteidigungsbereitschaft gehörten untrennbar zusammen. Verheugen sagte, daß die Entwicklung in Polen nicht zu falschen Schlüssen hinsichtlich der Zukunftsaussichten der Entspannungspolitik verleiten dürfe. Ohne den Entspannungsprozeß wäre es zur polnischen Reformpolitik überhaupt nicht gekommen, und ohne Entspannungsprozeß wäre eine Einmischung von außen wahrscheinlich auch nicht zu vermeiden gewesen. Bei aller Betroffenheit über die Lage in Polen müsse der West-Ost-Dialog über Entspannung und Abrüstung fortgeführt werden, dies liege nicht zuletzt im Interesse des polnischen Volkes.

Der F.D.P.-Generalsekretär würdigte in diesem Zusammenhang die positive Rolle der Bundesregierung, die er als Moderator im Ost-West-Gespräch bezeichnete. Als wesentliches Ziel der nächsten Jahre bezeichnete Verheugen die wirkungsvolle Vertretung der europäischen Sicherheitsinteressen im westlichen Bündnis. Voraussetzung dafür sei die Verwirklichung des Genscher-Plans zur Europäischen Union. Die Staaten der Gemeinschaft müßten auch im außen- und sicherheitspolitischen Be-

fdk 234/81

- 2 -

winden und auch hier eine Gemeinschaftspolitik entwickeln. Dem könne Europa im westlichen Bündnis auch ein wirklich gleichgewichtiger Partner der USA mit gleichen Rechten und Verantwortlichkeiten werden.

Der F.D.P.-Generalsekretär forderte die Bundeswehr und ihre Führung auf, sich aktiv an der Friedensdiskussion in der Bundesrepublik zu beteiligen. Die Bundeswehr sei ein Instrument der Friedenssicherung. Verheugen nannte das Mißtrauen vieler junger Bürger gegenüber der Bundeswehr ein beunruhigendes Zeichen, weil dieses Mißtrauen in Wirklichkeit der Gesellschaftsordnung gelte, deren Verteidigung der Auftrag der Bundeswehr sei.

Verheugen vertrat die Auffassung, daß der kriegsverhütende Charakter der Bundeswehr in ihrem Selbstverständnis, ihrem Aufbau, ihrer Ausrüstung und ihrer Ausbildung noch stärker zum Ausdruck kommen müsse. In die langfristigen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Bundeswehr müßte deshalb der Gedanke einer weitgehenden Kaderung von Verbänden bei gleichzeitiger Verkürzung des Grundwehrdienstes und regelmäßigen Wehrübungen einbezogen werden. Man müsse sich auch die Frage stellen, ob eine weitere ungehemmte Entwicklung der Rüstungstechnologie gesellschaftlich noch verkraftet werden könne.